GdP-Position

Oktober 2025

Positionspapier zur Landtagswahl 2026

GdP-Positionspapier zur Landtagswahl in Rheinland-Pfalz (2026)

"Stark für die Demokratie – eine resiliente und moderne Polizei schützt unser Leben in Freiheit und Frieden"

Ein demokratischer Staat lebt von der Freiheit seiner Bürgerinnen und Bürger – doch Freiheit braucht Sicherheit, und Sicherheit braucht einen handlungsfähigen Staat. Ein starker Staat ist kein Selbstzweck, sondern Garant dafür, dass Recht gilt, Ordnung Bestand hat und Demokratie geschützt bleibt.

Die europäische Staatengemeinschaft steht angesichts massiver Völkerrechtsverletzungen und territorialer Konflikte vor einer entscheidenden Bewährungsprobe. Die Zeitenwende hat allen klar verdeutlicht: Ein Leben in Freiheit, Selbstbestimmung, Frieden und Sicherheit ist ein sehr hohes Gut und keine Selbstverständlichkeit.

Frieden und Demokratie sind nicht selbstverständlich, sondern müssen stets neu erarbeitet, verteidigt und geschützt werden. Die Lehren aus der Geschichte prägen unseren Auftrag, die freiheitlich-demokratische Grundordnung und ein starkes, geeintes Europa dauerhaft zu sichern.

Neue und hybride Bedrohungslagen, sowie gesamtgesellschaftliche Herausforderungen von globalem Ausmaß erfordern in einem zunehmenden Umfang und in einer steigenden Geschwindigkeit ein sehr hohes Maß an Krisenresilienz von den Beschäftigten der Sicherheitsbehörden ab.

Gezielte Desinformation, Spionage und Cyberangriffe auf die kritische Infrastruktur nehmen zu. Von innen wird die Demokratie durch wachsende Radikalisierungstendenzen, extremistische Netzwerke und verfassungsfeindliche Bestrebungen massiv angegriffen. Derartig komplexe Bedrohungslagen erzeugen eine neue Dimension der demokratischen Vulnerabilität und verlangen nach entschlossenen, resilienten Antworten.

Das Thema Sicherheit ist damit zu einer der zentralen Fragen dieser Zeit geworden. Digitale Hasskampagnen, organisierte Kriminalität, hochentwickelte Cyberkriminalität sowie neue Delikts- und Begehungsformen erfordern ein vorausschauendes Handeln.

Die Polizei steht im Zentrum dieser Entwicklungen. Sie ist Garant der inneren Sicherheit und damit eine wesentliche Stütze der freiheitlich-demokratischen Grundordnung. Angesichts der wachsenden Komplexität und Dynamik von Einsatzlagen stößt sie jedoch zunehmend an ihre Belastungsgrenzen. Daraus ergibt sich ein klarer Handlungsauftrag:



- 1. **Stärkung der Resilienz der Polizei, u.a.** durch zeitgemäße Ausstattung, digitale Fähigkeiten und verlässliche Personalstrukturen.
- 2. **Verbesserte (inter-)nationale Zusammenarbeit**, um grenzüberschreitende Kriminalität, hybride Bedrohungen und Cyberangriffe wirksam bekämpfen zu können.
- 3. **Nachhaltige politische Unterstützung** und klare Rückendeckung für die Sicherheitsbehörden.

Um die Grundlagen unserer Demokratie auch in einer zunehmend unsicheren Welt bewahren zu können, braucht es eine krisenfeste, zukunftsorientierte und zeitgemäße Polizei.

Gewerkschaftspolitische Forderungsdiskussion

1. Krisenresiliente Verstetigung eines bedarfsgerechten Personalkörpers

Die Gewerkschaft der Polizei (GdP) Rheinland-Pfalz fordert eine mittelfristige Verstetigung von 12.000 Vollzeitstellen für die Landespolizei bis 2028, um den wachsenden Aufgaben in der Polizei Rechnung tragen zu können. Dafür müssen mindestens 500 Anwärterinnen- und Anwärterstellen pro Jahr geschaffen werden. Zudem sind mindestens 75 Tarif- und Verwaltungsstellen jährlich notwendig. Die GdP plädiert dafür, die Tarifstellen bereits vor Organisationsänderungen zu besetzen, den kriminalpolizeilichen Bereich weiterhin am Personalaufwuchs zu beteiligen und durch ein Ad-hoc-Programm einmalig zusätzlich weitere 100 Tarifstellen zu schaffen.

Diese Forderungen bauen auf der Erkenntnis auf, dass eine ausreichende personelle Präsenz – nicht nur im Streifendienst, sondern auch bei der Kriminalpolizei – Voraussetzung für die Sicherheit der Bevölkerung ist. Die wissenschaftlichen Ergebnisse der INSIDER-Studie untermauern diese Forderung. Das psychologische Teilprojekt "resilienzfördernde Arbeitsbedingungen" zeigt, dass ein deutliches Ungleichgewicht zwischen hohen Belastungen und geringen Ressourcen bei der rheinland-pfälzischen Polizei besteht. In den übergreifenden Handlungsempfehlungen wird ausdrücklich festgehalten, dass personelle Aufstockungen erforderlich sind.

Insbesondere mit mehr Personal können die Arbeitsbelastungen reduziert und die Resilienz demokratischer Werte in der Polizei weiter gestärkt werden.

Um Personaleinsatz und Stellenbedarf objektiv zu bestimmen, schlägt die GdP vor, eine **unabhängige Personalbedarfsberechnung** einzuführen. Eine unabhängige Personalbemessung würde die tatsächlichen Anforderungen der Polizei wissenschaftlich erfassen, Transparenz schaffen und politische Entscheidungsträgerinnen und Entscheidungsträger bei der budgetären Priorisierung unterstützen.

Den Handlungsempfehlungen der INSIDER-Studie ist ferner zu entnehmen, dass Tunneleffekte in Beförderungsprozessen vermieden werden sollen. Die wissenschaftlich unabhängigen Erkenntnisse bestätigen damit die Forderungen der GdP.



Die GdP fordert zur Attraktivitätssteigerung und Nachwuchskräftegewinnung perspektivisch ein Einstiegsamt A10 und eine Regelbeförderungen in die Besoldungsgruppe A11. Hierbei müssen deutlich bessere Perspektiven in die Besoldungsgruppen A12/A13 - sowie die Streichung der Stellenplanobergrenze – geschaffen werden. Die Anhebung auf das Einstiegsamt A10, verbunden mit einer Regelbeförderung nach A11 schafft nicht nur Zufriedenheit und Entwicklungsperspektiven, sondern reduziert zugleich bürokratischen Mehraufwand infolge von arbeits- und zeitintensiven Beurteilungen.

2. Verbesserung der IT und Dienststelleninfrastruktur

Cypercrime, hybride Bedrohungen und global vernetzte Täter(-Gruppen) erfordern eine zeitgemäße technische Infrastruktur. Das BKA stellt fest, dass die Cyberbedrohungslage in Deutschland hoch bleibt und Hackerangriffe, DDoS-Kampagnen und Ransomware-Angriffe zunehmend öffentliche Einrichtungen treffen. Gleichzeitig verlagern Extremisten ihre Rekrutierung ins Internet. Um diese Gefahren zu bekämpfen, muss die Polizei auf aktuelle Technik zugreifen können: Highspeed-Netzwerke mit einer hohen Datenübertragungsrate, sichere Cloud-Lösungen, gut gewartete Liegenschaften und flächendeckende Funkausstattung. Die GdP fordert daher massive Investitionen in die IT Dienststelleninfrastruktur, einschließlich zeitgemäßer Arbeitsplätze und Ausrüstung, um sowohl präventiv als auch repressiv reagieren zu können. Parallel dazu müssen Aus- und Fortbildungen ausgebaut werden.

3. Sondervermögen "Innere Sicherheit"

Die Finanzierung der Inneren Sicherheit muss langfristig gesichert werden. Die GdP fordert daher ein **Sondervermögen "Innere Sicherheit"**. Um jahrzehntelange Investitionsrückstände aufzuholen, braucht es eine nachhaltige Haushaltspolitik und ein Sondervermögen, damit Personal, Ausstattung, digitale Projekte und Prävention mit Planungssicherheit auskömmlich finanziert werden können. Dieses Sondervermögen muss in Rheinland-Pfalz eingerichtet werden, um die innere Sicherheit gegenüber wachsendem Terrorismus, Extremismus und Cybergefahren zu stärken. Ergänzend sind finanzielle Anreize zur Attraktivitätssteigerung des Polizeiberufs (z. B. verbessertes Beförderungswesen, Anreize durch höhere Zulagen, die ruhegehaltsfähig sind und eine moderne Ausstattung) notwendig, um im Wettbewerb junger, qualifizierter Nachwuchskräfte konkurrenzfähig zu bleiben.

Wenn Rheinland-Pfalz den Anspruch als attraktiver Arbeitgeber auch im Bundes-/Ländervergleich aufrechterhalten möchte, bedarf es erheblicher Investitionen in das Personal, um auch die Anerkennung und die notwendige Wertschätzung zum Ausdruck zu bringen. Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte sichern an 365 Tagen, rund um die Uhr das Leben in Freiheit, Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Frieden. Die zunehmenden Belastungen spüren die Polizeibeschäftigten angesichts der aktuellen Bedrohungen jeden Tag mehr. Insofern wäre ein auskömmlich finanziertes Sondervermögen Innere Sicherheit eine Investition in eine sichere, gemeinsame Zukunft.

